

Berlin, 14.11.2017
(pd 45_17)

forsa-Umfrage „Gewalt gegen Lehrkräfte“

VBE lässt nicht locker: Politik muss sich klar bekennen

Vor einem Jahr, am [14.11.2016](#), wurde die vom VBE in Auftrag gegebene, repräsentative forsa-Umfrage [„Gewalt gegen Lehrkräfte“](#) veröffentlicht. Anlässlich dieses Jahrestages haben alle VBE-Landesvorsitzenden die Schul- bzw. Kultusministerien angeschrieben und erfragt, inwieweit diese den damals aufgestellten Forderungen des VBE nachkommen. „Die ersten Antworten der Schulministerien zeigen: Das Thema ‚Gewalt gegen Lehrkräfte‘ wird deutlich ernster genommen als noch vor einem Jahr. Das Tabu ist gebrochen“, kommentiert Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) die Antworten.

Zugleich stellte er fest, dass ein Hauptproblem bleibt. Die Länder halten weiter an der Praxis fest, entweder keine oder unzureichende Statistiken zu führen und diese nicht zu veröffentlichen. Beckmann stellt klar: „Dies können wir nicht akzeptieren. Um das Thema endgültig aus der Tabuzone zu holen und um deutlich zu machen, dass die Dienstherren sich uneingeschränkt vor die Beschäftigten stellen müssen, bedarf es eines offensiven Umgangs mit dieser Problematik. Auch entsprechende Fortbildungen sind in notwendigem Umfang anzubieten.“

Am 15.09.2017 sendeten die Vorsitzenden der VBE-Landesverbände gemeinsam mit dem VBE-Bundesvorsitzenden, Udo Beckmann, einen Brief mit der Bitte um Stellungnahme an die zuständigen Ministerien sowie an die Kultusministerkonferenz. Geantwortet haben bisher:

- Kultusministerkonferenz
- Baden-Württemberg
- Bremen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Sachsen-Anhalt
- Thüringen

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. +49 30 -726 19 66 0
F. +49 30 -726 19 66 19
M.+ 49 151 - 61 54 67 63
www.vbe.de

Anne Roewer
Pressereferentin des VBE
presse@vbe.de

Der VBE ist eine der beiden großen Lehrerorganisationen in Deutschland. Er vertritt ca. 140 000 Pädagoginnen und Pädagogen in allen Bundesländern.

VBE Landesverbände

VBE Baden-Württemberg
BLLV Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband
VBE Berlin
BPV Brandenburgischer Pädagogen-Verband
VBE Bremen
VBE Hamburg im DLH
VBE Hessen
VBE Mecklenburg-Vorpommern
VBE Niedersachsen
VBE Nordrhein-Westfalen
VBE Rheinland-Pfalz
SLLV Saarländischer Lehrerinnen- und Lehrerverband
SLV Sächsischer Lehrerverband im VBE
VBE Sachsen-Anhalt
VBE Schleswig-Holstein
tlv thüringer Lehrerverband

Beckmann verweist zugleich auf die Verantwortung der Zuständigen: „Wir sind auf die Kooperation der Ministerien angewiesen. Es ist eine Unsitte, solche Anfragen zwei Monate lang nicht zu beantworten.“ Lediglich für besondere Umstände, wie die Neuwahlen in Niedersachsen oder den Amtswechsel in Sachsen habe er Verständnis. Der VBE-Chef erklärt: „Uns liegt an einer konstruktiven Zusammenarbeit. Die Umfrage des VBE und unsere Praxiserfahrungen sollten dazu genutzt werden, in den einzelnen Ländern die Prozesse so zu optimieren, dass Lehrkräfte bestmöglich vor Angriffen geschützt und im Falle eines Falles bestmöglich unterstützt werden können“.

Kontext:

Der Verband Bildung und Erziehung hatte im letzten Jahr forsa damit beauftragt, eine groß angelegte Umfrage zu „[Gewalt gegen Lehrkräfte](#)“ durchzuführen. Aufgrund der teilweise [erschreckenden Ergebnisse](#) wurde gefordert:

- Gewalt gegen Lehrkräfte darf kein Tabu-Thema mehr sein.
- Die Dokumentation von Vorfällen hat verpflichtend zu erfolgen.
- Statistiken müssen geführt und veröffentlicht werden.
- Die Lehrkraft muss die volle Unterstützung des Dienstherrn erhalten.
- Entwicklung klarer Strukturen, an wen sich Lehrkräfte wenden können und was nach einem Übergriff zu tun ist.
- Unterstützung der Schulen durch multiprofessionelle Teams.
- Ein breites Fortbildungsangebot.
- Vermittlung von Medienkompetenz als Prävention gegen Cybermobbing.

Die Ergebnisse der Umfrage wurden im Mai 2017 zusammen mit einem ausführlichen Serviceteil zum länderspezifischen Vorgehen nach einem Vorfall in einer Broschüre aufgearbeitet. Dies finden Sie unter: <http://www.vbe.de/angebote/gewaltbroschuere.html>

Außerdem hat sich der VBE aktiv für die Bundesratsgesetzesinitiative der ehemaligen NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zur Strafverschärfung eingesetzt. Hierfür wurden Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten angeschrieben, sowie auch Justizministerinnen und Justizminister. Pressedienste des VBE Bundesverbandes hierzu:

- 13.12.16: [Unterstützung Gesetzesinitiative](#)
- 24.01.17: [Anschreiben Justizminister/innen](#)
- 08.02.17: [Stellungnahme zum Gesetzentwurf des Bundeskabinetts](#)
- 09.03.17: [Stellungnahme zur Behandlung des Gesetzentwurfs im Bundestag](#)